

Pressemitteilung

Berlin, den 23. Januar 2024

Preisgestaltung Deutschlandticket

Verkehrsministerkonferenz vertagt Problemlösung.

Der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmen (bdo) e.V. kritisiert den gestrigen Beschluss der Verkehrsministerkonferenz (VMK) zum Deutschlandticket scharf. Die VMK einigte sich am 22. Januar 2024 darauf, den Preis von 49 Euro nicht anzupassen. Ohne Preisanpassung bleibt das Hauptproblem des deutschlandweit gültigen Nahverkehrsticket jedoch ungelöst. Das Deutschlandticket ist weiterhin nicht auskömmlich finanziert. Gleichzeitig fehlt die sogenannte „Nachschusspflicht“. Die Aufgabenträger, also insbesondere die Kommunen, haben damit keine Garantie, dass sie die Mindereinnahmen durch das Deutschlandticket ausgeglichen bekommen.

„Die Prognosen sprechen eine klare Sprache. Ohne Preisanpassung werden beim Deutschlandticket 2025 bis zu 2 Milliarden Euro fehlen. Entsprechend stark wird der Ticketpreis im nächsten Jahr steigen müssen, um das Defizit auszugleichen.“ So bdo-Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard. „Jedes vernünftig wirtschaftende Unternehmen würde bei solchen Zahlen die Reißleine ziehen und eine moderate Preisanpassung auf den Weg bringen. **Ansonsten droht den Kundinnen und Kunden im nächsten Jahr der Preisschock. Wenn es das Deutschlandticket dann überhaupt noch gibt.** Falls das Ticket 2024 teurer wird als die prognostizierten 4 Milliarden Euro bleiben die Aufgabenträger auf den Kosten sitzen. Denn die sogenannte Nachschusspflicht wird weiterhin ausgeschlossen. Dabei wäre es ganz einfach. Die Länder müssten den Tarif nur verbindlich vorgeben. Das tun die allermeisten Länder jedoch nicht und weigern sich, damit das Risiko zu übernehmen. **Ohne Ausgleichsgarantie werden viele Aufgabenträger aber aus dem Ticket aussteigen müssen. So wäre das Deutschlandticket Geschichte.** Niemand überbringt gerne schlechte Nachrichten. Aber mit dem gestrigen Beschluss hat die VMK kein einziges Problem gelöst, sondern nur vertagt. Im Laufe des Jahres werden sich Bund und Länder mit Sicherheit wieder über die Finanzierung des Tickets streiten. Das Deutschlandticket bekommt wieder schlechte Presse und die Politikverdrossenheit der Menschen wird weiter zunehmen.“

++++

Der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmen (bdo) e.V. ist der Spitzenverband der deutschen Busbranche und vertritt die Interessen von rund 3.000 privaten und mittelständischen Unternehmen aus den Bereichen Personennahverkehr, Bustouristik und Fernlinienverkehr gegenüber Politik und Öffentlichkeit.

Kontakt: Kai Neumann, stellvertretender Hauptgeschäftsführer
Tel.: 030 / 24089 300 | E-Mail: kai.neumann@bdo.org

Die EU-Datenschutzgrundverordnung: Hinweis zum Umgang mit Ihren Daten

Dem Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmen (bdo) e.V. ist der Schutz Ihrer Daten ein besonderes Anliegen. Mit unseren Newslettern und Veranstaltungshinweisen informieren wir Sie über die Arbeit des Bundesverbandes Deutscher Omnibusunternehmen (bdo) e.V. und wichtige Themen des Busgewerbes. Gerne möchten wir Sie auch in Zukunft über unsere Aktivitäten auf dem Laufenden halten. Sofern Sie keine Informationen wie Newsletter und Veranstaltungshinweise mehr von uns

erhalten möchten, können Sie uns dies selbstverständlich jederzeit ohne Angabe von Gründen per E-Mail an info@bdo.org oder auf dem Postweg an bdo e.V., Reinhardtstr. 25, 10117 Berlin mitteilen. Sie werden dann die Informationen nicht mehr von uns erhalten. Fragen zum Umgang des bdo e.V. mit Ihren Daten beantworten wir gerne unter info@bdo.org.